

KGv



Spot

November 2014

Nein zur Initiative „Für eine höhere Besteuerung grosser Einkommen“ (Reichensteuerinitiative)

Diese Initiative gefährdet die seit Jahren aufgebauten Standortvorteile unserer Region da sie die steuerliche Attraktivität in Frage stellt. Die geringen Mehreinnahmen rechtfertigen eine solche Steuererhöhung nicht. Wir sind überzeugt, dass solche neuen Rahmenbedingungen die betroffenen Personen dazu motivieren, aus unserer Region wegzuziehen. Diese Ausfälle hätte erneut unser Mittelstand zu kompensieren, was für uns nicht in Frage kommt. **Deshalb lehnen wir diese Initiative mit aller Deutlichkeit ab.**

Nein zur Initiative „Schluss mit den Steuerprivilegien für Millionäre“ (Abschaffung der Pauschalbesteuerung)

Wie auch bei der kantonalen Abstimmung sagt der Verband auch zur nationalen Initiative Nein. Auch hier sind wir überzeugt, dass diese möglichen Ausfälle der Mittelstand berappen müsste. Sollten wir schweizweit auf diese Steuereinnahmen in Milliardenhöhe verzichten, müssten andere dafür aufkommen. Deshalb betrifft diese Initiative jeden einzelnen Schweizer Bürger. Im Weiteren legen wir Wert darauf, dass die Kantone auch weiterhin ihr Steuersystem unabhängig des Bundes gestalten und darüber entscheiden können. Zudem hätte die Annahme dieser Initiative für die Bergregionen fatale Konsequenzen. **Das kommt für uns nicht in Frage und sagen „Nein“.**

Nein zur Initiative „Stopp der Überbevölkerung – zur Sicherung der natürlichen Lebensgrundlagen“ (Ecopop)

Diese brandgefährliche Initiative ist extrem und würgt das wirtschaftliche Handeln und Gestalten in unserem Land ab. Sie fordert eine drastische Reduktion der möglichen Zuwanderung von Fachkräften in unser Land. Mit dieser Initiative würde sich der bereits heute bestehende Mangel an Fachkräften noch verschlimmern. Unsere Wirtschaft wäre gezwungen zu schrumpfen, damit verbunden auch unser Wohlstand. Somit stünden die Schweizer Sozialwerke auf dem Spiel. Die Ecopop Initiative setzt unsere liberalen Arbeitsmarkt, unsere Innovationen und attraktiven Rahmenbedingungen aufs Spiel. **Dazu sagen wir explizit „Nein“.**

Referendum gegen die Revision des Radio- und Fernsehgesetzes (neue Billag-Mediensteuer)

Der Kampf gegen immer neue Steuern gehört zum Kerngeschäft des Schweizerischen Gewerbeverbandes sgV. Das neue Radio- und Fernsehgesetz will alle Firmen ab einem Jahresumsatz von CHF 500'000 besteuern. Abgestuft nach Umsatz sollen Firmen jährlich bis zu CHF 39'000 Billag-Mediensteuer zahlen. Dagegen hat der sgV das Referendum ergriffen. Wehren auch Sie sich gegen weitere Steuern und Abgaben und unterzeichnen Sie das Referendum.

Unter www.sgv-usam.ch/billag-steuer.html finden Sie den Unterschriftenbogen. Helfen Sie uns, diese weitere Steuer zu verhindern.

Nein zur Initiative „Für eine höhere Besteuerung grosser Einkommen“
(Reichensteuerinitiative)

Nein zur Initiative „Schluss mit den Steuerprivilegien für Millionäre“
(Abschaffung der Pauschalbesteuerung)

Nein zur Initiative „Stopp der Überbevölkerung – zur Sicherung der natürlichen Lebensgrundlagen“
(Ecopop)

Referendum gegen die Revision des Radio- und Fernsehgesetzes
(neue Billag-Mediensteuer)

SwissSkills 2014

Herzliche Gratulation an die Medaillengewinner aus dem Kanton Schaffhausen!

eGovernment Day

3. November 2014 in Schaffhausen

SwissSkills 2014

Wir gratulieren! Vom 17. bis 19. September 2014 durften 12 Berufsleute aus unserer Region an den Swiss-Skills in Bern teilnehmen. Dabei bewiesen sie hohe Fachkompetenz und Leistungsbereitschaft. Strassentransportfachman Sandro Amrein und Informatiker Dano Roost errangen den Titel eines Vize-Schweizermeisters, Maler Lukas Mettler erhielt die Bronzemedaille. Wir sind stolz, dass sie unsere KMU und unsere Region erfolgreich vertreten haben und wünschen allen viel Erfolg und Freude auf ihrer weiteren beruflichen Laufbahn.

eGovernment Day vom 3. November 2014

Zum siebten Mal fand der eGovernment Day unter dem Motto „eGovernment im Spannungsfeld knapper Finanzen“ in Schaffhausen statt. Die Veranstaltung verfolgt das Ziel, die Vorhaben im Bereich eGovernment zwischen Kanton, Stadt, Gemeinden und Wirtschaft zu koordinieren.

Dieses Mal wurde aufgezeigt, mit welchen Massnahmen im Bereich eGovernment Entlastungen des Staatshaushaltes erzielt werden können. Zum Beispiel mit der elektronischen Bau-eingabe oder den verschiedenen Prozessen der Einwohnerdienste sowie mit einer digitalen Langzeitarchivierung.

Unser Verband legt grossen Wert auf die Weiterentwicklung von eGovernment. Denn dies unterstützt unser langjähriges Bestreben nach administrativer Entlastung der KMU. Wir werden auch zukünftig diese Entwicklung verfolgen. Deshalb wäre es wichtig zu wissen, welche Interaktionen mit dem Staat von den Unternehmen als umständlich empfunden werden. Bitte melden Sie uns solche Themen, die wir dann gerne an die verantwortlichen Stellen weitergeben werden.

info@gewerbe-sh.ch oder Tel. 052 632 40 40.